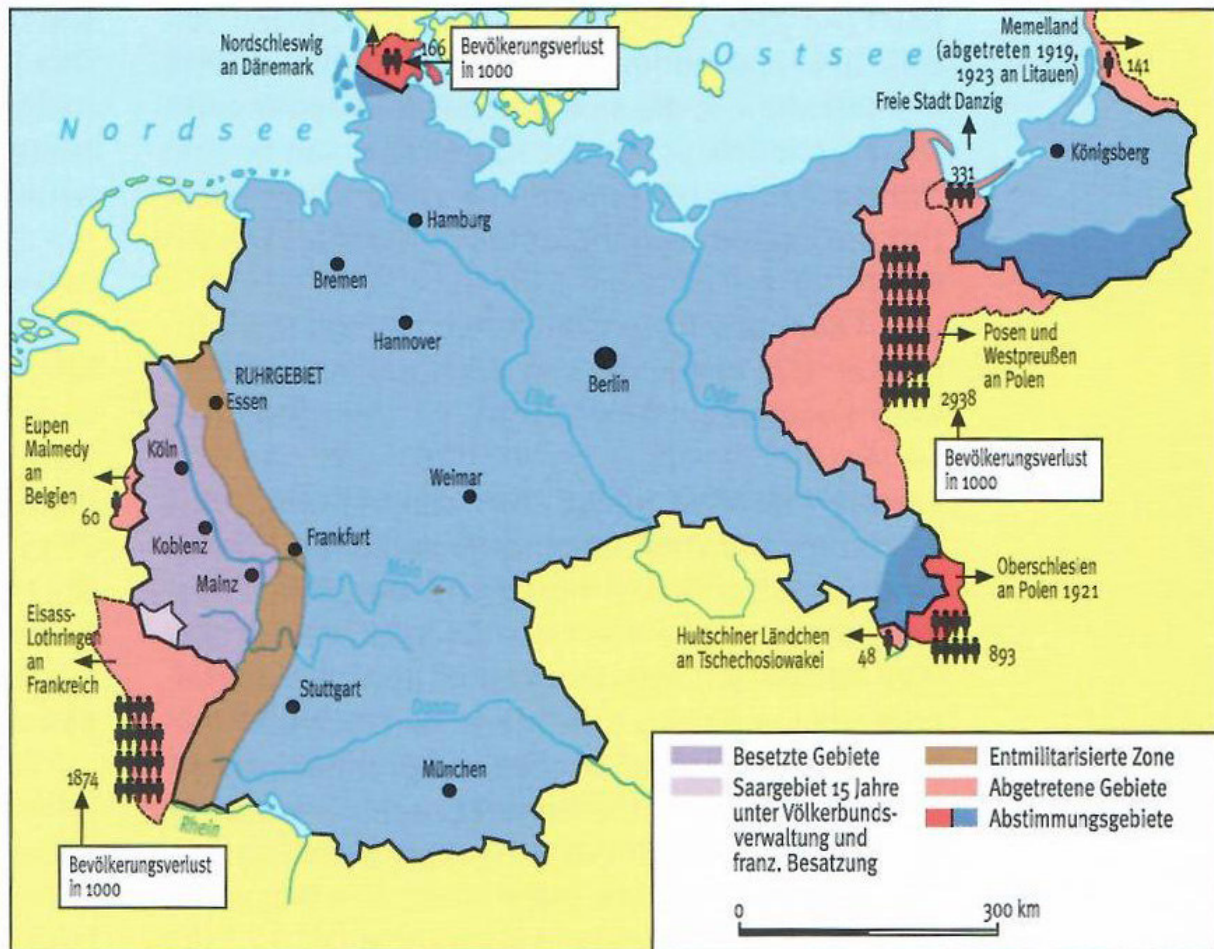


Der Versailler Vertrag

Nach dem Ende des Krieges wurde von den Alliierten Mächten der ohne Beteiligung Deutschlands ein Friedensvertrag ausgehandelt. Das fertige Vertragswerk mit insgesamt 440 Artikeln wurde dann einer Deutschen Delegation vorgelegt, welches sie am 28.06.1919 unterschrieb. Teil des Vertrages war auch die Bildung eines Völkerbundes, welchen der Amerikanische Präsident Wilson bereits in seinem 14-Punkte-Programm gefordert hatte. Deutschland trat dem Völkerbund aber erst 1926 bei. Mit Unterzeichnung dieses Vertrages musste Deutschland weitgehenden Bestimmungen zustimmen.

Territoriale Bestimmungen



Quelle: Buchners Kompendium Geschichte

Militärische Bestimmungen

- Berufsarmee mit maximal 100.000 Mann
- keine allgemeine Wehrpflicht
- Verbot von militärischen Vereinen, Militärmissionen und Mobilmachungsmaßnahmen
- Marine mit 15.000 Mann, sechs gepanzerten Schiffen, sechs Kreuzern, 12 Zerstörern und 12 Torpedobooten
- keine schweren Waffen wie U-Boote, Panzer, Schlachtschiffe
- Verbot chemischer Kampfstoffe
- Beschränkung der Waffenvorräte (102.000 Gewehre, 40,8 Mio. Gewehrpatronen)
- Verbot des Wiederaufbaus von Luftstreitkräften
- Demilitarisierung des Rheinlands und eines 50 Kilometer breiten Streifens östlich des Rheins
- Verbot des Festungsbaus entlang der deutschen Grenze
- Verbot von Befestigung und Artillerie zwischen Ost- und Nordsee

Kriegsschuldartikel (Artikel 231) als Grundlage für Reparationsforderungen

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Der Artikel 231 sollte die historischen Ereignisse nicht bewerten, sondern die für das Deutsche Reich nachteiligen Friedensbedingungen juristisch und moralisch legitimieren. Darüber hinaus sollte das Deutsche Reich finanziell für die Schäden an Land und Menschen haftbar gemacht werden, welche die kaiserlichen Truppen insbesondere in Frankreich angerichtet hatten. Der Vertrag von Versailles legte daher den Grund für die Reparationsforderungen an das Deutsche Reich, deren Höhe allerdings zunächst nicht festgelegt wurde. Die Vertreter des Deutschen Reiches protestierten gegen den Artikel 231 daher nicht bloß aus Gründen der Selbstrechtfertigung, sondern mit dem Ziel, die moralische Basis der gegnerischen Forderungen insgesamt nicht zu untermauern. Die deutschen Reparationen nach dem Ersten Weltkrieg belasteten den neuen republikanischen Staat.

Wirtschaftliche Bestimmungen und Reparationen

Das Deutsche Reich wurde zur Wiedergutmachung durch Geld- und Sachleistungen in noch durch die Reparationskommission festzulegender Höhe verpflichtet. Eine erste Rate von 20 Milliarden Goldmark war bis April 1921 zu zahlen. Außerdem wurde eine Verkleinerung der reichsdeutschen Handelsflotte festgeschrieben. Die großen deutschen Schifffahrtswege, namentlich Elbe, Oder, Donau und Memel, wurden für international erklärt.

Am 29. Januar 1921 forderten die Alliierten in Paris 269 Mrd. Goldmark in 42 Jahresraten, davon 226 Mrd. als Geldleistung, außerdem musste Deutschland 12 % des Wertes seiner jährlichen Ausfuhren abgeben. Deutschland bot an, 50 Mrd. Goldmark zu zahlen. Die Alliierten lehnten das ab. Am 8. März besetzten daraufhin französische und belgische Truppen Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf.

Quelle: Wikipedia (mit Änderungen)

Arbeitsaufträge:

- 1) Analysieren Sie die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf das Deutsche Reich.
- 2) Diskutieren Sie, welche Festlegungen die die deutsche Bevölkerung besonders schwer zu akzeptieren waren.